

„Die Reichen“ stärker besteuern und dann mit Hilfe des Staates umverteilen??

I.

Vor Jahren regte man sich darüber auf, dass Leute wie Boris Becker oder Harald Schumacher ihren Wohnsitz verlegten, um Steuern „zu sparen“. „Der Skandal“, über den man sich aufregte, bestand nicht darin, dass Leute, die wie die Doofen im Kreis rumfahren oder mit aller Macht und obendrein platziert einen Ball über ein Netz dreschen, dafür Millionen kassieren, während eine Kassiererinnen im Einzelhandel oder Menschen, die die elementare Versorgung von schwer kranken und alten Menschen sicher stellen, dafür gerade so viel „kassieren“, dass sie sich unter den heutigen Bedingungen mal so eben – mehr schlecht als recht - über Wasser halten können. „Der Skandal“, über den man sich aufregte, bestand lediglich darin, dass Leute, wie Becker oder Schumacher auch noch all ihre „verdienten“ Millionen ganz für sich beanspruchten und davon möglichst wenig an Vater Staat hergeben wollten. Um Missverständnissen vorzubeugen: es spricht nichts dagegen, dass Leute ihre besonderen Talente entwickeln und damit fürs Vergnügen eines Publikums sorgen, dass sich am Zuschauen dieser besonderen Fertigkeiten offensichtlich erfreut. Sie sollen davon auch gut leben können, so gut wie jeder andere auch. Aber mehr auch nicht! Kassieren sie Millionen, während Menschen, deren Arbeit elementare Grundversorgung ermöglicht, dafür einen elenden Lohn erhalten, dann ist das „der Skandal“!!

Fürs alltägliche Vergnügen sind Banken, Fonds und sonstige „Vermögensverwalter“ nicht zuständig. Sie verfügen auch nicht nur über Millionen, sondern gleich über Milliarden. In ihrer Suche nach günstigen „Wohnsitzen“ sind sie daher noch umtriebiger als „hervorragende“ Einzelpersönlichkeiten wie Boris Becker oder Harald Schumacher. Wo es um Milliarden geht, wird das „Sparen“ von Steuern eben noch lohnender. Schließlich geht es auch bei Steuern immer um Prozente.

Jetzt rauscht es mal wieder im Blätterwald der „öffentlichen Meinung“. Das empörte Gerechtigkeitsempfinden wendet sich gegen diese Vermögensverwalter, die sich günstige „Wohnsitze“ für die gigantischen Vermögen ihrer „Briefkastenunternehmen“ gesucht haben, um möglichst überhaupt keine Steuern zu zahlen. Das widerspreche der „Steuergerechtigkeit“. Widersprechen kann man dem nicht. Aber lohnt es sich wirklich, Empörung und Zorn gegen die mangelhafte „Steuergerechtigkeit“ zu richten? Wenn ja, mit welchem Ziel?

II.

„Akkumulation“ ist nützlich und notwendig für eine erweiterte Reproduktion der Gesellschaft. Der „Skandal“ besteht selbstverständlich nicht darin, dass die gesellschaftliche Arbeit von millionen Menschen so produktiv ist, dass sie Überschüsse schafft; dass frei werdende Zeit dafür genutzt wird, mehr zu produzieren als auf einem gegebenen Niveau gesellschaftlicher Reproduktion verzehrt wird. „Der Skandal“ besteht darin, dass diese Überschüsse als Kapital akkumuliert werden, in der Hand und Verfügungsmacht von natürlichen und juristischen Personen, die nur einem Ziel verpflichtet sind: diesen privaten Reichtum zu schützen und zu mehren. Es ist daher ganz selbstverständlich, dass diese natürlichen und juristischen Personen ihr Eigentum auch vor dem Zugriff des Staates schützen wollen und sich „Wohnsitze“ für ihre umtriebigen Unternehmungen suchen, in denen sie geringe oder gar keine Steuern zahlen müssen. Daraus hervorgehende Widersprüche zwischen Eigentümern von Kapital und dem Staat sind also nicht auszuschließen. Doch ist der Staat deshalb gleich „ein Staat des ganzen Volkes“, dem man beim Eintreiben von Steuern unterstützen soll, um die Welt zu verbessern?

III.

Weil Staaten selbst in der Regel ganz unproduktiv sind, sind sie abhängig vom Kapital und seiner

Akkumulation. Das dadurch „bedingte Grundeinkommen“ (auch ein BGE) des Staates resultiert eben aus Steuern auf Vermögen, Profite, Lohneinkommen und den Umsätzen der warenproduzierenden Wirtschaft. Aus dieser Abhängigkeit des Staates von der Akkumulation von Kapital ergeben sich gemeinsame Interessen; folgt eine Politik des Staates, die bemüht ist, der Kapitalakkumulation zu dienen. Die grundlegende Übereinstimmung dieser Interessen beruht eben auf der materiellen/finanziellen Abhängigkeit des Staates, seines Einkommens, von der Kapitalakkumulation. Es ist daher einigermaßen absurd, diesen Staat grundsätzlich für eine „UmFairteilung“ von oben nach unten in Anspruch nehmen zu wollen. Genau darauf aber zielt ein erheblicher Teil der Empörung wider die „Steuerungerechtigkeit“. Die ohne alles soziale Brimborium von „UmFairteilung“ zur Schau gestellte konservative Empörung begnügt sich mit dem Ziel der Rettung des Staates selbst; durch Herstellung eben dieser „Steuerungerechtigkeit“.

Weil es das selbstverständliche Bestreben „der Reichen“ ist, ihren privaten Reichtum vor fremdem Zugriff zu schützen und weil die Staaten abhängig sind von der Akkumulation dieses Reichtums, darum konkurrieren die Staaten untereinander mit attraktiven Angeboten für die „Wohnsitze“ der Eigentümer von Kapital; seien es natürliche oder juristische Personen. Entsprechend gestaltet sich die (Steuer-)Gesetzgebung. Das alles ist selbstverständlicher Bestandteil internationaler kapitalistischer Konkurrenz, weil jedes Kapital einen „Standort“ braucht und die politische Organisation der Gesellschaft - der Staat - möglichst viel sich vor Ort niederlassendes Kapital. Was für die internationale Konkurrenz gilt, das gilt auch für die nationale Konkurrenz. Hier bemühen sich – z.B. in Deutschland - Länder und Kommunen um attraktive Angebote für „das scheue Reh“ Kapital.

IV.

Die Frankfurter Rundschau vom 05.04.2013 schreibt:

„Die Verluste für die Staaten allein bei der Kapitalbesteuerung schätzt die Organisation (Netzwerk für Steuerungerechtigkeit, R.S.) auf jährlich 250 Milliarden Dollar. Mit einem Fünftel dieses Betrages könnte die Menschheit nach Berechnungen der Weltbank die Zahl der Hungernden halbieren.“

Welch ein Satz! Hier „die Menschheit“, dort „die Hungernden“. Dann hilft „die Menschheit“ „den Hungernden“, die offenbar nicht zur Menschheit gehören!

Die möglicherweise aus Nächstenliebe handelnde „Menschheit“, das ist ein sehr zweifelhaftes Subjekt, wenn man dabei an die „Staatengemeinschaft“ denkt, diese Ansammlung von Völkerrechts-Subjekten, denen die „Steuerungerechtigkeit“ jetzt angeblich das nötige Kleingeld für den Kampf gegen den Hunger verschaffen soll.

Wieso sollten bürgerliche Staaten auf einmal aus purer Nächstenliebe die Hungernden der Welt vor dem Verhungern bewahren? Als sie noch nicht so sehr damit beschäftigt waren, ihren Bankrott zu vermeiden, haben sie die Zahl der Hungernden auf der Welt auch nicht halbiert!!

Wenn sie die gewonnenen Milliarden den Hungernden der Welt überhaupt zukommen ließen, um deren elendes Los wenigstens zu mindern, dann garantiert nicht, ohne Gegenleistung zu fordern ... damit die Ärmsten der Armen sich nicht „demotiviert“ in eine „soziale Hängematte“ fallen lassen. Als ob Staaten, die gerade damit beschäftigt sind soziale Zugeständnisse an Lohnabhängige rasieren, plötzlich ein Interesse daran entwickeln könnten, den Hungernden auf der Welt zu helfen!

Was machen diese Staaten z.B. in Europa? Im Vollbesitz staatlicher Macht haben bürgerliche Politiker erkannt, dass soziale Leistungen - wie z.B. das „zu hohe“ Arbeitslosengeld - „demotivieren“, dem ökonomischen Wachstum unzutraglich sind und daher mindestens gekürzt werden müssen. In einer Situation, in der immer mehr Menschen lohnarbeitslos werden und auf Arbeitslosengeld angewiesen sind, wird also der wachsende Bedarf mit Kürzungen beantwortet. (Und so reagiert der bürgerliche Staat fast überall auf wachsenden Bedarf von Lohnabhängigen!)

Der Staat schafft damit nach seinem eigenen Verständnis „Anreize“, die Lohnabhängige zur Annahme jeder „nicht sittenwidrigen“ Lohnarbeit „motivieren“. Hungerlöhne, Löhne, von denen man nicht leben kann, sind nicht „sittenwidrig“. Sie fördern das Wachstum, wie man z.B. im „Armutsbericht“ der Bundesregierung nachlesen kann (positive Strukturreform). Diese „Wohltätigkeit“, die sich überall breit macht, wird bei Bedarf mit Schnüffelei, Bespitzelung und allen möglichen Schikanen begleitet. In Deutschland, dem erfolgreichen Vorreiter dieser Praxis in der EU, haben die Sanktionen gegen Hartz IV-BezieherInnen im letzten Jahr einen neuen Rekordstand erreicht. Mittlerweile werden sogar von Ärzten ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen von der Arbeitsagentur in Frage gestellt und überprüft. Und solche Staaten sollten ernsthaft etwas gegen den Hunger in der Welt unternehmen, wenn sie nur über zusätzliche Mittel verfügen????

Für die Bespitzelung und Schikanierung der „Leistungsträger“ und „Wertschöpfer“ in Banken und anderen Konzernen, mit einem Wort der großen „Steuervermeider“, bestand bisher dagegen gar kein Handlungsbedarf, obwohl deren Aktivitäten seit Jahr und Tag bekannt sind. In Hessen hat man Steuerfahnder, die es auf „die Großen“ abgesehen hatten für psychisch krank/paranoid erklärt! Jetzt haben Journalisten „ermittelt“ und Justiz, Regierung, Politik mit der Nase darauf gestoßen, Roß und Reiter samt Summen genannt. Man tut empört und verlangt nach einem FBI! Ein solches FBI „für den Kampf gegen Steuersünder“ muss man sich ungefähr so effektiv vorstellen, wie den deutschen Verfassungsschutz im „Kampf“ gegen Neo-Nazis, speziell NSU.

V.

Ein bürgerlicher Staat, der auf dem Fundament des kapitalistischen Privateigentums ruht, ist „der Wirtschaft“ verpflichtet, weil von ihr abhängig. Damit die Wirtschaft in Schwung bleibt oder wieder in Schwung kommt, erlässt er Gesetze, die das kapitalistische Privateigentum möglichst wenig belasten, Lohnarbeit billig und verfügbar machen etc.. Investitionen sollen sich lohnen und die Renditen sollen möglichst wenig durch Abzüge von Steuern und anderen Abgaben (sogenannte „Lohnnebenkosten“) geschmälert werden. Auf ihre Gesetze zum Wohle des Privateigentums sind die bürgerlichen Politiker stolz und konkurrieren damit, wer sich die meisten Verdienste um die Verringerung von „Arbeitskosten“ und „Abgabenlast“ des Kapitals erworben und damit das Wirtschaftswachstum beflügelt hat.

Die dadurch reicher gewordenen Eigentümer von Kapital bescheinigen den Politikern gern ihre Verdienste, wenn die vom Parlament unter massiver Einflussnahme der Wirtschaftslobbyisten erlassenen Gesetze den Eigentümern von Kapital möglichst viele Möglichkeiten eröffnen, etwa geringe oder gar keine Steuern zu zahlen.

Die Sache hat einen kleinen Haken. Die Entlastung der Eigentümer von Kapital trägt auch bei zur Belastung des Staates, dessen primäre Einkommensquelle eben Steuern sind. „Öffentliche Armut“ und „privater Reichtum“ haben durchaus etwas miteinander zu tun. Sie sind 2 Seiten der gleichen Medaille kapitalistischer Ökonomie. Dem Schuldenberg des Staates stehen die gigantischen privaten Vermögen gegenüber. Der Staat verschuldet sich bei „den Reichen“, die er von Steuern entlastet.

Der Staat versucht die Entlastung des Eigentums wett zu machen durch Belastung des Wirtschaftswachstums (Steuern auf Umsätze, Mehrwertsteuer). Die Einnahmen des Staates sollen damit stärker an das erfolgreiche Wachstum des Kapitals, „der Wirtschaft“, gekoppelt werden. Von Abgaben entlastete Vermögen sollen dagegen für mehr Investition und Wachstum sorgen. Je mehr Wachstum, desto größer dann die Steuereinnahmen des Staates. So lautet die Formel. Also richtet sich die Aufmerksamkeit des Staates verstärkt auf das Wirtschaftswachstum, dass dem bürgerlichen Verstand greifbar erscheint, wenn „alle“ mehr, länger arbeiten und weniger verdienen.

Alle staatlichen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums können aber nur flankieren, Rahmenbedingungen für erfolgreiche Kapitalverwertung schaffen. Erfolgreich unbezahlte Mehrarbeit auspressen und den Mehrwert realisieren muss das Kapital schon selbst. Es muss die hilfreichen staatlichen „Reformanstrengungen“ nutzen, um Umsatz und Gewinn zu steigern. Ob und in welchem Umfang staatliche Politik hilfreich sein konnte, entscheidet sich wiederum in der beherrschenden Konkurrenz, auf dem Markt. Wird am Ende festgestellt, dass alle staatliche Mühe zur Steigerung des Wirtschaftswachstums nichts gefruchtet hat, dann sind es allen voran die Eigentümer von Kapital und deren „Wirtschaftsweise“, die Nachbesserung verlangen.

Je geringer – trotz aller staatlichen Anstrengungen - das Wachstum ausfällt, je größer die Diskrepanz zwischen Einnahmen und wachsenden Ausgaben des Staates, desto mehr muss der Staat sich über Kreditaufnahme refinanzieren, sich also auf den Finanzmärkten Geld von Eigentümern von Kapital pumpen (Staatsanleihen). Solange das den Eigentümern von Kapital ordentliche Zinsgewinne einbringt, wird auch diese Entwicklung allgemein begrüßt. Je größer jedoch die Verschuldung des Staates wird, je mehr er die Bedienung seiner Schulden nur noch durch die Aufnahme neuer Kredite bewerkstelligen kann und dafür immer höhere Zinsen zahlen muss, je mehr schließlich und also eine Zahlungsunfähigkeit des Staates droht, ein Staatsbankrott, desto stärker drängen die Eigentümer von Kapital auf „Sparmaßnahmen“, weil sie ihre Zinsgewinne auf Staatsanleihen gefährdet sehen. Der Staat soll sich gefälligst stärker beschränken auf das Nötigste! Das Nötigste sind die staatlichen Aktivitäten, die direkt dem Schutz und Gedeihen des kapitalistischen Privateigentums förderlich sind. Staatliche Aktivitäten, aus denen die Eigentümer von Kapital keinen unmittelbaren Vorteil ziehen können, seien zu kürzen oder zu streichen. Andernfalls sei „die Wirtschaft“, von der „wir alle“ abhängen, in Gefahr!

VI.

In einem – zumal demokratischen – bürgerlichen Staat vollzieht sich all das unter den Augen der „öffentlichen Meinung“. Diese stellt heute „entsetzt“ fest, dass die Politik in einer Hinsicht sehr erfolgreich war mit ihren Maßnahmen zum Schutz und gedeihlicher Entwicklung des Eigentums der Kapitalbesitzer: deren Reichtum ist enorm angeschwollen. Leider ohne entsprechendes Wachstum der „realen Wirtschaft“ zu erzeugen. Im Gegenteil! Von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus nehmen die durchschnittlichen Wachstumsraten ab und die Krisen führen tendenziell zu schärferen Einbrüchen „der Wirtschaft“. Die enormen staatlichen Anstrengungen, die für dauerhaftes kapitalistisches „Wirtschaftswachstum“ durch Entlastung des Eigentums der Kapitalbesitzer sorgen sollten, endeten im Eklat der größten Weltwirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg, einer explodierenden Staatsverschuldung und dem drohenden Bankrott einiger Staaten! Genauso, wie alle „sozialstaatliche“ Anstrengung in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/1975 und deren Folgen quitiert wurde!

Offenbar gibt es gesetzmäßig ablaufende Prozesse einer kapitalistischen Ökonomie (resultierend aus dem oft beschworenen „Wettbewerb, der Konkurrenz der unabhängig voneinander ihren Interessen nachgehenden Privatproduzenten), die durch Eingriffe eines bürgerlichen Staates, dem es um Schutz der bestehenden Produktionsverhältnisse geht, zwar beeinflusst, aber nicht abgeschafft werden können.

Jetzt beschwert man sich über „Steuerhinterziehung“, „kriminelle Machenschaften“ etc. Tatsächlich gibt es das und nicht zu knapp. Überall – wie üblich – viele „schwarze Schafe“. Viel wichtiger aber sind die legalen Möglichkeiten der „Steuervermeidung“ für die Eigentümer von Kapital. Da arbeiten ganze Stäbe von Fachleuten daran, die durch den Staat geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen!

Unter dem Titel „*Lagaler Missbrauch*“ weist ein Leitartikel der „Berliner Zeitung“ darauf hin, dass

hier keine „landesüblichen Ganoven“ am Werk sind! Es handele sich vielmehr um „hoch qualifizierte Experten, die sich nicht auf ihre kriminelle Energie verlassen, sondern **auf die Gesetze berufen.**“

„Ihr Ziel ist nicht die Steuerersparnis, sondern möglichst die komplette Steuervermeidung ihrer Klienten – **vollkommen legal**, denn auch die systematische Nutzung von Schlupflöchern in den Gesetzen ist legal. Zwar handelt es sich im wesentlichen nur um vier international tätige Steuerkanzleien – KPMG, Pricewaterhouse Coopers, Deloitte, Ernst&Young –, doch arbeiten für sie fast 700.000 Experten und erwirtschaften – nach Recherchen des Stern – pro Jahr 100 Milliarden Dollar.

Sie sind mit nichts anderem beschäftigt als mit der Suche nach Lücken in Steuergesetzen und der Konstruktion von Steuersparmodellen, die ebenso effektiv wie für Finanzbeamte undurchdringlich sind. Google, ein Kunde von Ernst&Young, ist damit jüngst in die Schlagzeilen geraten.“

<http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/leitartikel-zu-offshore-leak-legaler-missbrauch,10808230,22283444.html>

Bleibt hinzuzufügen, dass es sich hier keineswegs um einen „Missbrauch“ handelt, sondern um einen interessierten „Gebrauch“ von „Gesetzeslücken“, für die man bei Formulierung des Gesetzes selbst gesorgt hatte. Die Lobbyisten des Kapitals sind stets bemüht, „zu viel Bürokratismus“ zu vermeiden, unvermeidliche gesetzliche Regelungen so zu gestalten, dass genügend Freiräume für das Kapital bleiben oder neue eröffnet werden. Solange diese Praxis hier und da zu hohen Renditen und ansehnlichem Wirtschaftswachstum beiträgt, findet niemand was dabei! Im Gegenteil: Parteien und Medien sind des Lobes voll über den „Abbau von Bürokratie“, mehr „Freiheit“ und deren segensreiche Wirkung.

VII.

Als „unsere Wirtschaft“ im internationalen Vergleich schwächelte, bliesen (fast) alle in das gleiche Horn, beklagten den „Reformstau“, der das Kapital an seinem Wachstum hindere. Die „öffentliche Meinung“ betete nach, was der „ökonomische Sachverstand“ predigte: mehr Wirtschaftswachstum verlange Entlastung des Kapitals, mehr Freiheit des Kapitals. Fast alle folgten dem Schlachtruf: „*Gebt uns unsere Freiheit zurück!*“ (BDI-Chef Rogowski im Jahr 2000)

Die 2007 einsetzende große Weltwirtschaftskrise brachte das Geschwätz vom „Reformstau“, der mangelnden Freiheit des Kapitals, weitgehend zum Stillstand. Jetzt wurden die praktischen Resultate all dessen beklagt, was man vorher so vehement verlangt und tüchtig durchgesetzt hatte. Maßlosigkeit, Gier ungezügelter Freiheit standen plötzlich am Pranger. Viel Wind um wenig bis nichts. Damals wie heute schaut man besorgt auf die Börsennachrichten, das Barometer für die Großwetterlagen kapitalistischer Ökonomie und die subjektiven Befindlichkeiten der Eigentümer von Kapital. Wie reagieren die Anleger/Investoren? Welche Auswirkungen hat staatliches Handeln auf „unsere Wirtschaft“, „unser Land“ als „Wohnsitz“ von Kapital?

Gegen „die Märkte“ (Staats-)Politik machen? Das verhindert „ökonomischer Sachverstand“ ... und tatsächlich mit einigem Grund.

Wenn die Reproduktion der ganzen Gesellschaft abhängt von erfolgreicher Verwertung von Kapital, wenn die überwältigende Mehrheit der Menschen davon leben muss, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer von Kapital zu verkaufen, dass diese Eigentümer von Kapital die Lohnarbeit nur in dem Umfang nachfragen, wie diese Lohnarbeit ihnen Profit einbringt, dann kann eine Staat, der auf diesen Grundlagen ruht, keine Politik „gegen die Märkte“ machen. Politik gegen „die Märkte“ machen, das hieße, Politik gegen das Kapital machen. Würde eine Regierung Politik „gegen die Märkte“ machen, die Verwertungsbedingungen des Kapital verschlechtern, statt versuchen, sie zu

verbessern, dann wären ihre Tage gezählt. Der Staat hätte seinen Zweck verfehlt, weil er für das Kapital schlechtere Rahmenbedingungen setzen würde und damit nicht nur die Quelle seiner Steuereinnahmen untergraben würde, sondern auch die entscheidende Reproduktionsbedingung von LohnarbeiterInnen (Nachfrage des Kapitals nach Lohnarbeit) in den Grenzen des Systems der Lohnarbeit verschlechtern würde.

Hartnäckig verfechten trotzdem linke Ökonomen die Ansicht, wonach Wirtschaftswachstum, Kapitalakkumulation die abhängige Variable sei, abhängig von der Endnachfrage, also den Lohneinkommen. Danach wäre auch die kapitalistische Ökonomie wesentlich geprägt durch eine Produktion für den Konsum. Für das Kapital typisch ist aber ein Wirtschaftskreislauf $G - W$ (gekaufte Produktionsmittel+Arbeitskraft – Produktion – W') - G' und nicht $W - G - W$, wie er für die Reproduktion von VerkäuferInnen der zur Ware gewordenen menschlichen Arbeitskraft gilt. Der Kreislauf, der typisch ist für die Reproduktion der VerkäuferInnen für Arbeitskraft, ist lediglich ein untergeordneter Teil des Kapitalkreislaufs. Die Reproduktion der LohnarbeiterInnen ist vom Lohn abhängig, und daher von der Nachfrage des Kapitals nach Ware Arbeitskraft. Diese Nachfrage wird bestimmt von Art und Umfang der Investitionen des Kapitals, der Geldanlage, und diese Investitionen werden bestimmt durch das Streben nach maximaler Verwertung, sprich nach möglichst hoher Profitrate. Das Wachstum jeder Nationalökonomie, die progressive Akkumulation des (Gesamt-)Kapitals hängt ab von der durchschnittlichen Höhe der Profitrate, die sich in der Konkurrenz, „im Markt“ bildet. Jede Maßnahme, die diese Profitrate negativ beeinflusst, führt zu weniger Wirtschaftswachstum.

Sofern es eine Kausalität zwischen ökonomischem Wachstum und Höhe des Lohnniveaus gibt, sieht die so aus:

Vergleichsweise hohe Löhne sind Produkt des ökonomischen Wachstums, der Akkumulation von Kapital. Nie war es umgekehrt und hohe Löhne der Ausgangspunkt für ökonomisches Wachstum! In Phasen stürmischen Wachstums des Kapitals kann der Staat die durch wachsende Nachfrage nach Arbeitskraft entstehende spontane Tendenz „des Marktes“ zu steigenden Löhnen verstärken oder begünstigen (z.B. durch Streikrecht, gewerkschaftliche Organisationsfreiheit oder die Festsetzung/Erhöhung von „Lohnnebenkosten“). Genauso kann er die in Krisenzeiten durch sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft dominierende Tendenz zu sinkenden Löhnen verstärken. Was ihm nicht gelingen wird, ist die jeweilig vorherrschende Tendenz, das ökonomische Gesetz der „Marktwirtschaft“, zu brechen.

Der Staat schwebt weder über den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft noch über ihrem „ökonomischen Bewegungsgesetz“. Was immer er macht, kommt auf den Prüfstand der ökonomischen Gesetze, die „die Märkte“ beherrschen!

Erste Bedingung einer sowieso nur möglichen bescheidenen Erhöhungen der Einkommen von Lohnabhängigen war immer Wachstum des Kapitals, also Wachstum des Reichtums der Reichen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen). Kämpfe für eine halbwegs dauerhafte Verbesserung der Einkommen lohnabhängiger Menschen waren überhaupt nur auf dieser Grundlage erfolgreich! Das war immer so, solange die kapitalistische Produktionsweise dominiert. Und das galt auch für die ganze geschichtliche Periode nach dem 2. Weltkrieg. Der Nachkriegsboom, das „Wirtschaftswunder“ fand statt auf der Basis geringer Lohneinkommen und ermöglichte die steigenden Lohneinkommen. Für den Boom in den „Tigerstaaten“ galt das genau so, wie für den Boom in den BRIC-Staaten, vor allem in China.

Ausgangsbedingung für solche „Wirtschaftswunder“ waren, sind und bleiben im Kapitalismus nie hohe Lohneinkommen, sondern hohe Profitraten auf der Basis niedriger Löhne!! Wachstum des Reichtums „der Reichen“ ist und bleibt im Kapitalismus die erste Bedingung und der Zweck von

Investitionen und in deren Folge von erhöhter Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, wie diese erhöhte Nachfrage Grundlage für die Durchsetzbarkeit von spürbaren Lohnerhöhungen ist und bleibt. Wenn das nicht oder nicht mehr funktioniert, die Investitionen in „Arbeitsplätze“ ausbleiben oder zu gering ausfallen, dann wird das angestrebte ökonomische Wachstum auch nicht größer, wenn jetzt das Geld den Reichen genommen und dem Staat gegeben wird. Die Ursachen, die zu ungenügender Verwertung von Kapital, „ungenügendem Wirtschaftswachstum“ führten, werden damit nicht beseitigt!! Alles Jammern und Beklagen ändert nichts an diesen unerfreulichen Tatsachen. Und: wenn man unter den heutigen Bedingungen für eine Erhöhung/Verteidigung der Einkommen von Lohnabhängigen kämpft, bedeutet das nicht, für mehr Wirtschaftswachstum zu sorgen!

VIII.

Die ganze Aufregung um „Steuroasen“, „Steuerhinterziehung“, „Steuervermeidung“, lenkt von dem verschärft aufbrechenden grundlegenden Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital ab, sofern es dabei um bessere Refinanzierung und Rettung des Staates geht. Man ist empört, dass „die Reichen“ die Möglichkeiten wahrnehmen, die ihnen eingeräumt wurden. Man verlangt, dass wegen der „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ alle den Gürtel enger schnallen müssen. „Die Reichen“ sollen zur Kasse gebeten werden. Sie sollen beteiligt werden oder „für ihre Krise bezahlen“. Schön! Aber wozu? Um den Staat zu retten? Um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen? Wieso soll es den Lohnabhängigen besser gehen, wenn es „den Reichen“ schlechter geht und der Staat über mehr Geld verfügt? Wieso sind Linke so versessen darauf, mit Hilfe dieses Staates umzuverteilen? Wenn es wirklich etwas umzuverteilen gibt, dann können das die Lohnabhängigen nur selber bewirken in ihren Auseinandersetzungen mit dem Kapital. Sind sie dazu nicht in der Lage, dann wird ihnen dieser Staat auch nicht helfen! Den Eigentümern von Kapital etwas zu nehmen, um es dem Staat zu geben, wird die Situation der Lohnabhängigen nicht bessern. Der ist als „Umverteiler“ im Interesse der Lohnabhängigen ganz und gar ungeeignet und stets seiner Berufung verpflichtet, die Verwertungsbedingungen für Kapital zu optimieren.

Sinnvoll wäre es, sich von der Illusion dieser „Umverteilungsfunktion“ des bürgerlichen Staates zugunsten von Lohnabhängigen, der Sozialstaatsillusion zu verabschieden. Das Geld, was man vom Kapital fordert, ist am besten bei den LohnarbeiterInnen selbst aufgehoben ... ganz ohne Umverteilung über und durch diesen Staat!

Das würde nicht zuletzt bedeuten, dass die Sozialversicherungen aus den Händen dieses Staates befreit und in tatsächliche Selbstverwaltung der Lohnabhängigen überführt werden.

Doch das sind heute bestenfalls Träume, allerdings Träume, die auf realistischen Annahmen und nicht selbst wieder auf einer verträumten Weltsicht beruhen.

IX.

„UmFairteilen“ ändert nichts an der Funktionsweise einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Keine Krise der Kapitalverwertung wurde je durch „UmFairteilen“ behoben, sondern stets durch Entwertung und Vernichtung von Kapital und durch Steigerung des Ausbeutungsgrades der Lohnarbeit, also nicht zuletzt durch massive Kürzungen der Einkommen von Lohnabhängigen. Große Wachstumsraten des Kapitals waren nie das Produkt hoher Löhne. Hohe Löhne setzen große Wachstumsraten voraus, wie diese Wachstumsraten selbst niedrige Löhne.

„Unfair teilen“ ist das Verteilungsprinzip, das sich als unmittelbares Resultat kapitalistischer Produktionsverhältnisse einstellt und auf der Basis dieser Produktionsverhältnisse nicht aus der Welt geschafft werden kann!

Sollten in naher Zukunft tatsächlich einige „Steuroasen“ geschlossen und „Steuerflüchtlinge“ mit Hilfe eines FBI zur Kasse gebeten werden, so hätten die LohnarbeiterInnen davon unmittelbar gar nichts! LohnarbeiterInnen hätten etwas von folgenden Veränderungen in der Besteuerung:

1. Beseitigung der indirekten Steuern (Mehrwertsteuer)
2. Senken der Lohnsteuern

Das würde ihre Einkommen erhöhen und die Preise der Waren, von deren Konsum sie leben verbilligen.

Wollte der Staat auf dieser Grundlage handlungsfähig bleiben, dann müssten die Steuern für die Eigentümer von Kapital drastisch angehoben werden. Ein Programm für kapitalistisches Wirtschaftswachstum wäre das freilich nicht! Es wäre eher ein Programm zur Vermeidung eines solchen Wachstums, ein Programm, dass zu einer Zuspitzung der Klassegegensätze führen würde und nichts mit „fairem Teilen“, sondern scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen zu tun hätte. Ein solches Programm könnten sowieso nur LohnarbeiterInnen verfolgen, die alle Illusionen über ein gemeinsames Interesse mit Kapital und Staat verloren hätten.

Sollten in naher Zukunft tatsächlich einige „Steuroasen“ geschlossen werden etc., dann würde das nichts an der „Standortkonkurrenz“ der Nationalökonomien ändern. Bürgerliche Staaten würden weiter mit möglichst günstigen Bedingungen für Investoren um deren Kapitalanlage konkurrieren und Eigentümer von Kapital werden auch weiterhin diese Angebote nutzen, um möglichst hohe Renditen zu erzielen. Die Erhebung und die Höhe von Steuern sind und bleiben ein zentrales Instrument in der „Standortkonkurrenz“ der bürgerlichen Staaten.

Robert Schlosser
April 2013